

Moskische



Zeitungs

10 Pfennig

Gründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Ercheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard Verantw.
Redakteur (in Ausw.) Carl Meißner, Berlin, 10.
Manuskripte werden nur zurückgezahlt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlag-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 8000-3053,
für den Fernverkehr, Berlin-Postamt 5568-3053, Telegramm-
Adresse: Ullstein-Anst., Berlin, Postfachkonto Berlin 660.

Das Ganze fasseln.

Der Demokratische Parteitag.

Die Demokratische Partei hält morgen in Berlin ihren 14. Parteitag ab. Die Gegner werden nicht fehlen. Erst können wir sagen, was die Ergebnisse sind. Der Parteitag wird die Aufgabe der Partei für die nächsten Monate festlegen. Durch die Partei brauchen wir den Land weh ein früherer Zug, wir sind schon nicht mehr. Den meisten Austritt folgende Tausende von Neumitgliedern gegenüber. Niemand was auch die Stimmung der Mitglieder, die nicht parteipolitisch eingeschrieben sind, der demokratischen Sache so günstig. Ja gerade die besonders schärfliche Lebensbedingung durch den Preisfall der Schwerindustrie hat viel dazu beigetragen, die öffentliche Meinung für die demokratische Sache zu interessieren. Mit Recht sagte man sich, wo so viel Geld und Gut aufgebracht werden, da muß es sich um eine starke und gute Sache handeln. Aufgabe der Parteiorganisation muß es sein, diese Stimmung in Wasserlöcher umzuwandeln. Neben den bekannten Führern, die auf das einflussreiche Vertrauen aller Mitglieder zählen können, gilt es, neue Kräfte heranzuziehen, die über den engeren Parteikreis hinaus durch ihre Persönlichkeit wirkend wirken. Solche Persönlichkeiten haben die demokratische Sache so gefördert. Es sei nur an General v. Seimling erinnert, dessen Namen schon ein Programm wört und der überall, wo er auftritt,

Sympathien im Sturm erobert, Sympathien für seine Person, wie für die Sache, die er so mannhaft, so mutig und so vornehm vertritt.

Erteleu, Marx und Stresemann.

Während Erteleu findet eine folgende Antwort auf die gegen ihn gerichteten Angriffe:

Von einer Seite nach dem Westen zurückgeführt, lese ich erst die Angriffe der Zeit und der Nationalliberalen Correspondenz gegen mich. Mein Stück die Frage Deutschlands scheint also dort verschiedene empfindliche Stellen berührt zu haben. Dafür werde ich die Landesrats oder des Reichsrats bestätigt. Seitdem es durch die Infektion dieser Begriffe kaum noch einen deutschen Politiker gibt, der nicht von seinen Gegnern des Landesrats und Reichsrats angeklagt wird, rechne ich längst damit, daß auch mich dieser Dorn einmal treffen wird.

Als vor der letzten Wahl Marx und Stresemann über den Dornesbereich diskutiert haben, ohne den Dornesatz zu befragen, wurde ihnen von Helfrich, Wehr und Heigt ebenfalls die Frage des Reichsrats und Landesrats entgegengeworfen. Diese Prozesse können ja, sobald die realistische Regierung kommt, mit dem gegen mich einzuleitenden Prozeß zusammen geführt werden, und schließlich können wir, v. H. Marx, Erteleu und Erteleu, dann auch gemeinsam in einem an der Spitze oder im Besonderen die zehn Jahre Kerkerhaft abgeben. Wir hätten dort dann auch Zeit, uns über den Bürgerklub zu einigen.

Erkeleu.

Botsdamer Protest.

„Was heißt der „Botsdamer Zeitung“ aus Botsdamer Nachrichten Zeitung.“

Den Reichsparteien der Botsdamer Stadionschützenvereine, darunter die des Reichstages des Reichstages, Schützengilde, Gold in Potsdam (sogar in die Gießer gefahren, und sie haben sich zu einem wichtigen Gegenstand aufgekauft. Freilich nur zu einem passiven. Durch einen Dringlichkeitsantrag ist der Magistrat aufgefordert worden, dafür zu sorgen, daß die Botsdamer Stadionschützenvereine...

„Herausfordernde Bestellungen von fremden Elementen in der durch Ignoranz der Erinnerungen gebliebenen Elemente in Zukunft unterbleiben müssen.“

Der Antrag ist angenommen, und der Magistrat will nunmehr den „ausgehenden Stellen in Berlin“ eine Entschädigung ausstellen, in der es heißt:

„Die höchsten Würdenträger haben entschieden, daß die Staatsregierung künftig auf die Empfindungen der Wehrheit der Botsdamer Stadionschützenvereine nicht einzugehen hat. Diese Handlungen verurteilt, die den Empfindungen der Bevölkerung völlig zuwiderlaufen.“

Daß ein Verbot in der Folge des Deutschen Reiches in einer Stadt des Deutschen Reiches als Botsdamer empfinden wird, ist ein Verbot, daß dieses Verbot notwendig wird und noch öfter in würdigen Demonstrationen wiederholt werden muß, so lange, bis die deutsche Sache nicht mehr als Herausforderung und Botsdamer empfinden wird.

Fremde Elemente haben die Wehrheit nicht nach Botsdamer getragen, sondern in der Wehrheit. In dem letzten dieser Wehrheiten, die jahraus, jahrein und Potsdam wohnen, um der Schönheit der Stadt ihr im übrigen stets sehr gut empfangenen Tribut darzubringen. Wenn dabei zugleich Erinnerungen gepflegt werden, so sind diese niemals fürwahr, nicht zu gewärtigen, sondern in der Wehrheit, also preislich, also in der Wehrheit, was ein Botsdamer Stadionschützenverein eigentlich wissen müßte und der Magistrat auch. Da aber Potsdam nicht nur die Stadt des preussischen Reiches war, sondern auch eine deutsche Stadt ist, müssen wir hier die deutschen Folgen ziehen, und die sind heute schwarz-rot-gold.

Es ist auch nicht wahr, daß die Mehrheit der Botsdamer Bürgergasse durch die schwarz-rot-goldene Rundgebung in ihren Empfindungen verletzt worden ist. Da gegen hat man sich mehr als drei Jahre dauernd Klagen über den Zerfall des Reiches, die sich schwarz-rot-golden, in Potsdam ausbreiten. Menschen bis zu 40 Jahren, darunter viele, die durch den Krieg aus der Bahn geworden sind und nun in einem Schul mehr pausen wollen, liegen in Potsdam ihren Familien auf dem Sofa und wollen, daß man die bessere Sache, die der Staat ihnen ebenfalls bereitet, jetzt verperrt ist. Weil dieser oder jener mit seinen 40 Jahren nicht Regierungsrat oder Major ist, daß ihm die ganze neue Staatsordnung nicht. Er langert in den Bars und in der Wehrheit umher und zieht aus langweiligen Kreisen Potsdam regelmäßig auf, wenn man ihn kontaktieren werden soll. Jeder dieser fünfzig Berliner Nationalisten ist in Potsdam geborenen Elementen allerdings biteres Leid, zumal allerlei Jungens aus den unteren und mittleren Schichten regelmäßig auf die Wehrheit kommen, wenn sie Kontakt haben wollen. Die Einwohnern, die sich an dem Sonntag auf dem Volkspark in Potsdam berechnen gemacht haben, sind durchweg Schüler, die von allerlei Leute misstere werden sind.

„Nach dem Einbruch vom Sonntag genannt die Idee, daß das Einbrechen der Wehrheiten in Potsdam von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als eine Botsdamer, sondern als eine Erlösung empfunden worden ist. Die Entscheidung des Potsdamer Magistrats ist als maßgebend in der Wehrheit nicht, deshalb wirksam sein. Die Wehrheiten sind in Potsdam berechnen gemacht haben, sind durchweg Schüler, die von allerlei Leute misstere werden sind.“

„Nach dem Einbruch vom Sonntag genannt die Idee, daß das Einbrechen der Wehrheiten in Potsdam von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als eine Botsdamer, sondern als eine Erlösung empfunden worden ist. Die Entscheidung des Potsdamer Magistrats ist als maßgebend in der Wehrheit nicht, deshalb wirksam sein. Die Wehrheiten sind in Potsdam berechnen gemacht haben, sind durchweg Schüler, die von allerlei Leute misstere werden sind.“

Die Parteien nach der Wahl.

Nachrichtendienst der „Moskischen Zeitung“.

London, 1. November.

Beziehungen für den demokratischen Geist, mit dem die Arbeiterregierung die Entscheidung der Wahl hingenommen hat, ist der folgende Wählzeit aus der Rede, die der Sozialminister Thomas gestern abend bei einem Festessen zu Ehren eines Sozialagenciers gehalten hat. Er fing mit dem Wort an: „Wir müßten vor allem Sportsmen sein. Müde und weh, wie ich bin, würden wir am besten Preis haben wollen, daß irgend einer sagen könnte, daß ich heute der Sieger darüber, daß eine andere Partei einen Erfolg errungen hat, hier nicht erfahren würde. Wir haben die Entscheidung des Landes erhalten. Ich bin in erster Linie ein Demokrat, glaube an die Demokratie, und da ich an sie glaube, war ich stets ein Verteidiger unserer englischen Verfassung. Demokratie bedeutet aber nach dem Urteilspruch der Wähler, wie er auch fällt, hinzunehmen. Es gibt stets Enttäuschungen im politischen Leben, im Wahl und im der Parteien, aber es gibt eine Sache, deren wir uns allem bemußt sein sollten, welche politische Partei auch im Amt sein mag, es nur eine allen anderen vorzuziehende Erwägung gilt, die Wohlfahrt des Empire.“

„Lloyd George hat im „Daily Chronicle“ in einem langen Artikel versucht, die Ursachen der liberalen Wahlniederlage aufzuweisen. Ueber ihre Zusammenfassung sagt er: „Die Gelegenheiten für den Liberalismus sind kommen, wenn die Nation das Bedürfnis empfindet, in der Entscheidung einen Schritt nach vorwärts zu machen, und dies wird bald sein. Diese Gelegenheiten sind nicht nur gegeben, wenn die liberale Partei sich darauf vorbereitet. Wenn der Liberalismus sich aber von Verneinung unterscheiden will, dann ist es sehr wohl möglich, daß im nächsten Parlament die Arbeiterpartei eine rein sozialistische Mehrheit erhält.“

Es ist rührend, zu sehen, wie der geistliche und ethische Leiter großer der liberalen Partei einen Schritt dafür versteht, daß sie nicht aufgeben und vollständiger sich in seine so „bedenklichen“ Worte geworden habe.

Neut finden in über 200 Wahlkreisen in England und Wales, angenommen London, 1. November.

Chamberlains äußere Politik.

Nachrichtendienst der „Moskischen Zeitung“.

London, 1. November.

Gämtliche Londoner Morgenblätter beschäftigen heute die Voraufrage, die wir auf Grund besser Informationen zu machen in der Lage waren, wannoch Chamberlain im neuen konservativen Kabinett die Stellung der Außenpolitik übernehmen wird. Wahrscheinlich ist nicht nur bereit, ihn für dieses Amt in der Vorfrage zu bringen, sondern Chamberlain hat sich bereit erklärt, das Amt anzunehmen. Chamberlain Außenpolitik, die er selbst in der ersten politischen Rede seines Lebens in diesem Sommer im Unterhaus auszusprechen beabsichtigt hat, wird von dem vier Grundfragen geleitet sein:

„Engle politische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bei der Lösung aller großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen wie Währungs-, Schatzwirtschaftsreform, Reform des Völkerbundes, intellektuelle Schichten und schließlich die Reorganisation der Republik.“

Die europäische Politik von Außen Chamberlain wird von dem Grundgedanken ausgehen, daß England zur Förderung der Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen sich überall von jeder „irritierenden Einmischung“ fernhalten müßte, und daß die englische Politik, in einem vermittelnden Geiste geföhrt, darauf bedacht sein müßte, Streitigkeiten im Handelsverkehr zu vermindern und gefährlichen Streitverhältnisse zu vermeiden. Unter diesen Gesichtspunkten hat Chamberlain bereits früher festgehalten, daß er nun insofern bereit sein würde, an der Entente festzuhalten, wenn die Zustimmung der anderen Ententeländer in Zukunft unter dem Gesichtspunkt geföhrt werde, daß diese wieder die gleiche Rücksicht auf England und auf die Grundzüge englischer Politik nehmen würden, die dies von England als etwas Selbstverständliches fordern.

Chamberlain hat dann seine Stellungnahme zur Sicherung der Welt in dem Satz zusammengefaßt, daß England bereit sein müßte, Frankreich und Belgien gegen einen unerschöpflichen deutschen Angriff auf die heutigen Grenzen in Westeuropa zu schützen, daß aber ein Vertrag, das lokal den Friedensvertrag erfüllen und seine Durchführung durch durchgeführt habe, die Grenzen garantiert werden müßten, die es im Vertrag von Versailles erhalten habe. Es gebe kein deutsches Gebiet, das wichtiger wäre die Welt der Konventionen Ministerpräsidenten erneut sein könnte, als das Schicksal in dem Völkern Chamberlain. Der in Deutschland studiert hat, gehört zu den wenigen englischen Politikern, die auf Grund einer umfassenden und völkerverpflichtigen Bildung wissen, was das Meinland für die deutsche Kultur und die weltliche Verfassung des deutschen Volkes bedeutet, und der als Staatsmann daher aus diesen Erfahrungen den Schluß gezogen hat, daß nichts gefährlicher für den Frieden Europas ist, als eine Lockerung oder eine Unterbrechung der ungeschwächt des Meinlandes zu Deutschland.

Schluß der Moskul-Lagung.

Nachrichtendienst der „Moskischen Zeitung“.

1. Brief, 1. November.

In seiner gestrigen letzten Sitzung beschloß die der Völkerbundrat in der Hauptsache bei der Frage Griechenlands über die Behandlung der Griechen in Konstantinopel. Politisch war der Streit vor, die gemischte Kommission beiseite gelassen zu haben. Ich habe bereits erklärt, die Maßnahmen der Türkei entsprächen den Kommissionsbefehlen, er werde sich bei der Entscheidung des Rates fügen. Der Vorsitzende Herr Fihling hat beiden Regierung die Zurücksetzung des Internationalen Gerichtshofes nach, falls die Kommission die juristischen Fragen nicht lösen könnte, und hat die beiden Regierungen um genaue Berichte bis zur nächsten Session über die Lage der hunderttausend griechischen in Konstantinopel und Westtrakien. Damit wurde die Briefliche Tagung des Völkerbundesrates geschlossen.

England und die Deutschnationalen

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ bezieht den Ausfall der englischen Wahlen als das stärkste Argument gegen die Bürgerklubpolitik.

„Die fortschrittliche Niederlage der Liberalen, die nicht nur einen historischen Verlust an Mandaten, sondern auch einen Rückgang ihrer Stimmen um 1,35 Millionen erlitten haben, ist eine neue Wahnung für alle die, die in einem Hinblick des Völkervertrages mit der Wehrheit bestanden haben, werden erwidern wollen. Der Zusammenhang der liberalen Partei in England ist neben anderen Gründen, die in den besprochenen...“

Verhältnisse liegen, vor allen Dingen auf die ...

Der gegen Weimling verurteilt.

Nachrichtendienst der 'Wossische Zeitung'. Karlsruhe, 1. November. In der in Paris ...

Es gibt in Deutschland recht viele Generale, die in Wort ...

Der Abbau der Regie.

Nachrichtendienst der 'Wossische Zeitung'. Frankfurt a. M., 1. November. Der Abbau der Regie ...

'Der Mann ohne Moral'.

Theater in der Königsgraben Straße. Das für Berlin neue Stück, das Robert Nera ...

Nach einer Meldung der 'Frankfurter Zeitung' ...

Paris, 1. November. (Bl. E. 3.) Die 'Ligue für Menschenrechte' ...

Der einzige aus Lippe.

Vericht für die 'Wossische Zeitung'. Detmold, 31. Oktober.

Während die bürnen politischen Parteien ...

Siebt lehrreich für die Partei des deutschen ...

Die Luftverteidigung Großbritanniens.

Generalmajor Caldwell ...

Herrn Protoman herein. Theatralische ...

Man hätte Herrn Protoman mehrere ...

Diese satirische Geschichte ...

Der große Verrat.

Ein Beitrag zu den amerikanischen Wahlen.

Von Dr. Heuer.

Von einem Amerikaner kommt die Frage, die ...

Die Vereinigten Staaten haben Jahrzehnte ...

'Der haarige Affe'.

Trübne.

Ob Eugene O'Neills 'Haarige Affe' ...

Seine 'Haarige Affe', geht dem Weg, der von ...

Artificialität ist der 'Haarige Affe' ...

Herabsetzung der Umsatzsteuer.

Von Rechtsanwalt Dr. Fritz H. Strauß, Berlin.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. September über wirtschaftlich notwendige Steuerermäßigungen ist der § 2 des Artikels IV der 2. Steuerverordnung, durch welchen die Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1924 auf ein Prozent festgesetzt worden war, mit Wirkung vom Oktober außer Kraft gesetzt worden. Nimm ich also wiederum der Steuersatz von 2 pCt, wie er vor der 2. Steuerverordnung bestanden hat, den durch die Herabsetzung des Steuersatzes entstehenden Übergangsgewinnen, die durch die Durchführungsverordnungen vom 24. September geregelt worden sind, ist zu unterscheiden zwischen steuerrechtlich und bürgerlich begründeten Bestimmungen.

In steuerrechtlicher Hinsicht muß einmal eine Regelung getroffen werden, welche umsatzsteuerpflichtigen Besteuerungsgegenständen die Höhe des neuen Satz unterworfen werden sollen, und sodann muß die Höhe des Vergütungsanspruches des Ausführhändlers für die Übergangsgewinne bestimmt werden.

Die Umsatzsteuer kommt nach dem tatsächlich erzielten Entgelten (Ist-Einnahmen) oder aber nach den Entgelten für die bewirkten Leistungen ohne Rücksicht auf die tatsächlich erzielten Entgelte (Rechnungsentgelte) zum Ausdruck. Maßgebend dafür ob eine Besteuerung nach dem Ist- oder nach den Sollentnahmen vorliegt, ist die Besteuerungsart, die für das betreffende Steuerpflichtige am 15. September 1924 galt.

Bei der Besteuerung nach den Ist-Einnahmen ist der Zeitpunkt der Vereinnahmung maßgebend, die Entgelte nach dem 30. September bestimmt werden, die Leistung vor oder nach dem 30. September erfolgt, ist unerheblich. Bei der Besteuerung nach den Sollentnahmen, so kann über den Zeitpunkt der Vereinnahmung kein Zweifel obwalten. Bei Banküberweisungen und Einzahlungen auf das Postkontokonto ist der Tag der Gutschrift maßgebend. Bei der Hingabe eines Schecks ist erst am Tage der Einlösung des Schecks bzw. der Gutschrift das Entgelt vereinnahmt. Ebenso ist bei der Empfang eines Wechsels, sondern erst die Einlösung oder die Diskontierung eine Vereinnahmung. Erfolgt die Zahlung für eine Leistung in Raten und werden einzelne Raten vor, andere nach dem 30. September gezahlt, so gilt für die bis zu diesem Tage vereinnahmten Raten der höhere, für die später vereinnahmten Raten der niedrigere Steuersatz.

Bei der Vereinnahmung von Soll-Einnahmen ist Voraussetzung für die Anwendung des niedrigeren Steuersatzes, daß die Lieferung oder sonstige Leistung nach dem 30. September erfolgt ist. Der Zeitpunkt des Einganges des Entgelts spielt für die Besteuerung überhaupt keine Rolle, so kommt es auf den Zeitpunkt der Abhebung an. Ist jedoch ein anderer Erfüllungsort als der Wohnsitz des, die gewerbliche Niederlassung des Lieferanten vereinbart, ist der Zeitpunkt der Übergabe am Erfüllungsort dafür maßgebend, welcher Steuersatz zur Anwendung gelangt.

Die Vergütunganspruch des Ausführhändlers für die Übergangsgewinne ergibt sich aus dem Vergleich des Verkaufspreises mit dem Preis, den der Unternehmer im Ausland vor dem 1. Januar 1925 getätigt wird. Erforderlich ist jedoch, daß der Vergütungsanspruch bis zum 31. Januar bei der Vereinnahmung geltend gemacht wird.

Da bei der Umsatzsteuer Steuerschuldner und Steuerträger auseinanderfallen und die Steuer auf den Kontrahenten des Ausführhändlers abzuwälzen müßte durch eine bürgerlich-rechtliche Vorschrift Vorsorge getroffen werden, daß durch die Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes nicht dem Steuerschuldner (z. B. dem Verkäufer) eine Erleichterung gewährt wird, ohne daß diese auch dem wirklichen Träger der Steuer zusetzen kann. Daher ist bestimmt, daß, wenn die Umsatzsteuer eines Unternehmers bei Leistungen im Ausland vor dem 1. Januar 1925 abgezogen worden sind, nur 2 pCt. beträgt, der Unternehmer mangels abweichender

der Vereinbarung einen Nachlaß vom Entgelt zu gewähren hat, der der Minderung der auf die Leistung entfallenden Umsatzsteuer entspricht. Offenbar gehen die Durchführungsverordnungen davon aus, daß die Vereinnahmung am 14. September bis zu diesem Zeitpunkt allgemein bekannt geworden ist. Eine abweichende Vereinbarung liegt nicht nur dann vor, wenn die Parteien vor Inkrafttreten der Verordnung eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer einen Preisnachlaß ausdrücklich ausgeschlossen haben, sondern auch dann, wenn etwa bei Vertragsschluß beide Parteien schon von der neuen Verordnung ausgegangen sind und dies bei den Vertragsverhandlungen zum Ausdruck gekommen ist.

Der Nachlaß vom Entgelt soll der Minderung der auf die Leistung entfallenden Umsatzsteuer entsprechen. Ist, wie dies im Regelfall zutrifft, die Absetzung von dem Entgelt enthalten, so genügt ein Umsatz von 0,5 pCt. nicht, da hierdurch die Ermäßigung der Umsatzsteuer dem Leistungsempfänger nicht zugute kommen würde. Bei genauer Untersuchung ergibt sich, daß das infolge der Herabsetzung der Steuer erzielte Entgelt, wie das ursprüngliche Entgelt ausmacht, nur dann zu der gewährten Nachlaß 0,51 pCt. des ursprünglich vereinbarten Entgelts beträgt. Der Abnehmer kann dem Unternehmer gegenüber, der das volle Entgelt ohne Nachlaß verlangt, die Höhe des Nachlasses die Zahlung verweigern, und, wenn er in Unkenntnis der Bestimmung den vollen Preis gezahlt hat, seine Forderung auf die Höhe des Nachlasses nach dem Verlangen des ungerechtfertigt Bereicherung zurückfordern, ein Recht, das dem Unternehmer, wegen des Nachlasses den Vertrag aufzuheben, unterliegt.

Forderungen des Reichsverbandes der Industrie zur Zinspolitik der Banken.

Die vereinigten Kommissionen für Bank- und Kreditbedingungen beim Reichsverband der Deutschen Industrie haben wie uns mitgeteilt wird, kürzlich nach einer eingehenden Beratung die Beschlüsse, die die Kommissionen vorkommen nicht, daß in letzter Zeit auf dem Gebiete der Bankbedingungen im allgemeinen gewisse Erleichterungen zu vorzunehmen sind, sie vertreten diejenige Standpunkt, daß diese den Erfordernissen der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse, insbesondere der zunehmenden Hebung der Produktion und der Förderung des Preisbaues bei weitem noch nicht genügen, und daß deshalb mit allem Nachdruck eine weitere Anpassung der Bankbedingungen an die vor dem 1. Oktober üblichen geordnet werden muß. Die folgenden wesentlichen Abänderungen sind nachfolgender Richtung erforderlich: 1. Ermäßigung der Zinssätze für vereinbarte Kredite auf höchstens 7 pCt. über den Reichsbankzins sowie der Provisionen für vereinbarte Kredite unter dem jetzigen Mindestsatz von 6 pCt. pro anno. 2. Ganzliche Abschaffung der in der Vorkriegszeit üblichen Beschränkung der Provisionen auf 3 pCt. 3. Beseitigung der bei vielen Banken eingeführten Kreditkonten unter 4. Ermäßigung der Akzeptationsprovision unter den jetzigen Mindestsatz von 1/2 pCt. pro Monat. 5. Abschaffung der Provisionen für Wechseldiskontierungen unter den heute noch üblichen Satz von 1/2 pCt. pro Monat. 6. Weitestgehende Ermäßigung der Provision bei Stellung von Akzepten auf 1/2 pCt. 7. Valutierung von Schecks. Die Belastung muß per Werttag der Einlösung, nicht per Tag der Ausstellung oder per Tag der Fälligkeit erfolgen. Die Valutierung muß möglichst frühzeitig erfolgen.

Börsensteuermäßigung.

Wie wir hören, finden heute im Reichsfinanzministerium erneut Verhandlungen über die Erleichterung der Börsensteuer statt. Die Regierung den Wünschen der Bankwelt nun doch entgegenkommen wird. Möglicherweise steht eine Entscheidung in den nächsten Kurstagen bevor.

Sächsische Zeichnung der deutschen Anteile in Italien.

Wie die in den letzten Stunden eingetroffenen Telegramme melden, ist der Erfolg der deutschen Zeichnung in Italien sehr viel größer, als zuerst angenommen wurde. Nach dem Stand der Provisionen versichert, daß die 100 Millionen des italienischen Anleiheanteils nicht 15, sondern beinahe 50 mal überzeichnet sind. An der Zeichnung beteiligten sich 24 abgesehen von Italien und Genoa. An der Börse hat die Anleihe bereits ein Aufgeld von 4 Punkten erzielt und ist zu 96 gekauft. Die Zeichnungsmengen über das Zeichnungsgesamt fehlen jedoch noch.

Pfandbrief-Aufwertung.

Die Beitragspflicht der Hypothekenbanken.

Wie den Lebensversicherungsgesellschaften ist auch den Hypothekenbanken die dritte Steuerverordnung und ihre Durchführungsvorschriften die eventuelle Verpflichtung auferlegt worden, aus ihrem Eigenvermögen einen Beitrag in die zur Befriedigung der alten Gläubigeransprüche (Versicherungsgeld, Pensionsrückstellungen, Rückstellungen usw.) während sich die Versicherungsgesellschaften unbekümmert um ihren möglicherweise drohende Belastung schon frühzeitig zur Aufstellung und Veröffentlichung ihrer Goldbilanz, Eröffnungsbilanz entschlossen haben und nur teilweise durch Bildung von Rücklagen zukünftige Ansprüche sichergestellt haben, hat bisher noch keine Hypothekenbank ihre Goldbilanz veröffentlicht.

An dieser Zurückhaltung ist zum großen Teil der Wunsch schuld, vor einer Klärstellung der Beitragspflicht nicht das Goldpakt freizusetzen. Die Entlastung über die Beitragspflicht liegt in den Händen der Aufsichtsbehörden, die in jedem einzelnen Falle gebietet sind, Nach dem Wert der Goldbilanz und der Aufsichtsbörden lediglich verpflichtet, bei der Bemessung des Beitrages auf die wirtschaftliche Lage der Institute Rücksicht zu nehmen. Weit vor Kurzlich ist die Auffassung der Aufsichtsbehörden haben sich nun wegen beschränkter Feststellung ihrer Verpflichtungen an die Behörden gewandt, in deren Schoß die Angelegenheit eingewirft besprochen wird. Dabei scheint ein Teil der zuständigen Stellen von der Notwendigkeit einer raschen Entscheidung nicht überzeugt zu sein und sich Rückhalt auf die zweifellos schwerwiegende und die heute noch nicht zu überschätzenden Vermögensverhältnisse der Hypothekenbanken einer Aufschub, dieser Abseht, so verständlich ihre Motive auch sind, muß entgegenzutreten. Es ist zu erwarten, daß die Aufsichtsbehörden den Banken nicht möglich, eine endgültige Bemessung ihres künftigen Goldpakts vorzunehmen, solange nicht, wenigstens ungefahr, die Angaben feststehen, in dem sich die Beiträge zu bemessen. Bei dem heutigen Stand der Gesetzgebung in diesem Punkte wäre es prinzipiell möglich, die Hypothekenbanken zur Zahlung heranzuzwingen, wenn die Beiträge feststehen. Die Beiträge der einzelnen Eigenvermögen besitzen, denn wer will sagen, was den wirtschaftlichen Verhältnissen ausgemessen Rechnung getragen wird? Schließlich, etwa in zwei, drei Jahren, eine strenge Auslegung der Beitragspflicht erfolgen, so würden die Gesellschaften, die heute ihr Kapital in sichert, sich recht starkem Ausmaß auszunutzen, zu erneuter Verminderung genötigt sein. Es kann ihnen, wie auch den Aktionären der Hypothekenbanken, kaum zugemutet werden, angesichts der nunmehr feststehenden Goldmarktsituation, noch umfangreiche Reserven zu stellen und dadurch die Zusammenlegung zu verschärfen.

So leicht die Notwendigkeit einer schnellen Regelung zu begründen ist, so schwer ist ein Weg vorzuschlagen, der allen Interessenten Rechnung trägt. Wir möchten unerserteit folgenden Vorschlag der öffentlichen Diskussion unterbreiten. Zum ersten muß festgestellt werden, daß das nach einem bestimmten Stichtage neu erworbene Vermögen nicht der Berechnung der Beiträge zu Grunde zu legen ist, sondern eine solche Sicherung wäre der zweifelslos fruchtbarste Weg zu einer Wiederherstellung der Kapitalkraft der Hypothekenbanken verbannt. Wer wird sparen, wenn er aus dem Reparaturfonds die Mittel für die Beiträge zu entnehmen muß? Selbst wenn dagegen folgendes Verfahren angenommen: Es wird das Vermögen der Hypothekenbanken für einen bestimmten Stichtag als Basis zur Berechnung der Beiträge (der Ultimo 23 ist infolge der damals noch nicht bekannten Aufwertungsverordnungen ungeeignet), festgestellt. Die Feststellung macht vielleicht bei einzelnen Posten, Immobilien insbesondere Rechnung getragen wird? Schließlich, Da anzunehmen ist, daß der den Hypothekenbanken zustehende 20pro. Unkostenbeitrag die tatsächliche Höhe der Beiträge übersteigen wird, sind 5 bis 10 v. H. Eigenvermögen der voraussichtlichen Wertsteigerung des Eigenvermögens zuzurechnen. Ferner wird berechnet der Betrag, den die Eigenvermögen (einschl. Reserven) am 1. Januar 1925 ausmachten, die in der Höhe der Beiträge zu zahlen sind, seit der Kapitalerhaltung, d. h. der Bruchteil, den das gegenwärtige Eigenvermögen vom Goldpaket per 1. Januar 1925 ausmacht. Die Differenz zwischen den aufgezinsten Beiträgen um einen bestimmten Prozentsatz, sagen wir 100 v. H., so ist aus dem überschüssigen Teil des Eigenvermögens ein Betrag zu entnehmen, der in der Höhe der Wertsteigerung des Eigenvermögens zu leisten. Wir glauben, daß durch diese Regelung ein verhältnismäßig gerechter und auch in seinen finanziellen Konsequenzen ungefahr übersehbarer Ausweg geschaffen wird.

Goldkassetten der umgestellten Aktien. Zusammengestellt auf Grund der Generalversammlungs-Beschlüsse. Stand vom 31. Oktober 1924.

Für die fortgedruckten Papiere erfolgt bereits sämtliche Goldentwertung.

Table with multiple columns for company names (Gesellschaft), share types (Aktien), and financial data (Nominalwert, etc.).

